

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Geben & Comp., Nr. 1267.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt.

Sanktions:
Geb. Knebold, Dresden.

Verlagspreis einschließlich Druckerleben monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierfachjährlich 21,00 M., unter Strafzettel für Deutschland monatlich 10,00 M., Einzelnummer 40 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettineplay 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettineplay 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 geplante Anzeigenseite 2,50 M. Familienanzeigen
2,50 M. die 9 geplante Anzeigenseite 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe
Gewährung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorgefertigten Tagen. Für Preisniederlegung 40 Pf.

Nr. 262

Dresden, Donnerstag den 10. November 1921

32. Jahrg.

Der 9. November in Dresden

Der dritte Gedenktag der deutschen Revolution war — was man schon voraus wußte — noch ausdrücklicher als seine Vorgänger ein Festtag nur der Arbeiterschaft. Die bürgerliche Gesellschaft bemüht sich, den Geburtstag der deutschen Republik zu ignorieren. Und selbst die Schichten des Bürgertums, die aus demokratischer Niedergang zur Zukunft leben, übergeben kaum und hoffen ständig diejenigen, die auf dem doch auch sie als leitende Republikaner um die unvergessene Fahne versammelt stehen müssten, wenn sie den Feiertermin aufbrächen, den ihnen wahrhaftig deutlich genug gerade jetzt im Lager der Freunde der Republik jeder Hoffnungsträger vorlebt. Sie haben ihn nicht — sie übersehen die Freiheit dieses Tages der Arbeiterschaft und liegen es lieber vor, die Freiheit der Revolution, die politischen Freiheiten und demokratischen Rechten in enger Waffenbrüderlichkeit mit den Freunden der Republik, den Freunden der Demokratie zu feiern. Und angeleitet der Tatjache, daß sich eben in diesen Tagen die Dresdner Demokraten mit den alten Widerhachern der Demokratie für die Stadtverordnetenwahlen zu einer Einheitsfront gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft verbanden, erwartet dieser Tatjache hat wohl kein Mensch erwartet, gehörte auch die Demokraten um die Fahne der Republik vermessen zu feiern, und so bestätigte der gefürchtete Tag von neuem, was man schon wußte: wahrhaft demokratisch und republikanisch denkt und empfindet nur die Arbeiterschaft; sie allein ist die einzige zuverlässige Stütze der Republik; und sie allein hat auch den Mut, sich dazu rücksichtslos zu befreien.

Und nachdem also gestern das Bürgertum, auch das demokratisch wühlende, seine Geißbüße gemacht hat, wie alle Tage, sielen bürgertliche Blätter mit unverhohlerer Verärgerung fest, daß der 9. November in Dresden das Gepräge eines Verhaftes getragen habe. Und sie deuten dabei so vor, preisen es mit noch gräßigerer Verkrüppung auf, daß nur die Arbeiter vieler Betriebe auf ihre Arbeit gegangen seien, und daß die Arbeiterschaft eine nur unvollständige war. Sie wissen natürlich, so gut wie wir, daß die Erklärung des 9. November zum gefährlichen Heiterfest am reaktionären, antirepublikanischen Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert ist — an einem Widerstand, den diese selbst bürgerliche Freiheit schamloslich geführt und unterdrückt hat. Und sie wissen so gut wie wir, in wie vielen Fällen der Arbeiterschaft ganzer Betriebe die Feier des Tages erstickt, verlautet oder ganz unmöglich gemacht worden ist, wenn es die Arbeiterschaft nicht da und dort auf einem regelrechten Streik ankommen lassen wollte. Und sie wissen endlich so gut wie wir, daß für viele Arbeiter, die man eben von Geleyes wegen zur Feier eines bürgerlichen Reformationsfestes gezwungen hat, die man zudessen zur Feier eines bürgerlichen Bußtages von Geleyes wegen zwinge und die zu Tausenden die wirtschaftlichen Sitzungen kaum beendeter freier Ausprägungen noch nicht überwunden haben, daß für alle diese Arbeiter der Lohnausfall auch noch dieses Tages ein Opfer bedeutete, das eben viele zu allen anderen Opfern nicht bringen konnten. Und wenn man wissen will, warum diese Gegner am Reformationsfest und am Bußtag als gefährlichen Feiertagen so fest halten, so braucht man nur daran zu denken, daß zwischen beiden Tagen eben der 9. November liegt, dessen Feier man durch diese beiden Zwangsfeiertage am wirtschaftlichen Schwund. Darum unterscheidet das alles nur noch einmal die Horderung: Aufhebung dieser beiden furchtbaren bürgerlichen Feiertage — Eröffnung des 9. November zum geistigen Feiertag.

Aber trotz allem: die Arbeiter haben gestern zu vielen Tausenden das Opfer gebracht und trotz Schikanen und Lohnausfall den Tag gefeiert. Die

Versammlungen der Gewerkschaften

Die am Vormittag in sechs Dresdner Zälen stattfinden, waren fast gefüllt, zum Teil sogar überfüllt. In den Räumen wurde Genosse Junge vom Fabrikarbeiterverband, im Sammers Hotel Genosse Redakteur Barthel, im Dreikäiser-Hof Genosse Panosch von Transportarbeiterverband, im Schusterhaus der unabdingbare Stadtverordnete Möckel, in der Reichskrone Genosse Tempel vom Ortsausschuß des S. D. S. D. und in Stadt Leipzig Genosse Elsner vom Zärtlerverband. Sie alle sprachen über die Bedeutung des Tages und würden den Verantwortlichen die Erinnerungsdaten der Revolution noch einmal vor Augen: demokratisches Selbstbestimmungsrecht, allgemeines Wahlrecht zu allen Vertretungsbereichen, Arbeitskündigung, Recht auf Arbeit und Erfrischungsfreizeit in der Produktion. Alle Reden waren auf den Grundgedanken gestimmt: Wenn heute die guten Anfänge in ihren Ergebnissen noch nicht den Erwartungen entsprechen, so ist das nicht Schuld des Revolution, sondern der Reaktion, die Arieg, Niederlage und das damit ins Auge geführte Spaltungsteil und Scheitern erzeugte. Aber es ist der Weg zur Besserung aussichtsreich; es liegt einzig in der Hand der Volksmassen, die wirtschaftlichen Zustände — natürlich auf dem Wege der vernünftigen Entwicklung — auf die Höhe der Ideale zu bringen, denen die denkende Arbeiterschaft schon seit einigen Monaten ihre Kraft weicht. Dazu gehört vor allem die Aufklärung der noch ungebildeten und der noch im Damme des Kapitalismus befindlichen Schichten der Arbeiter, Kleinbürger und Beamten. Gewinnen wir diese, wird das Ziel der Arbeiterschaftbewegung, Freiheit und Freiheit für alle, in nicht allzu langer Zeit und ohne blutige Kämpfe erreicht werden.

Gelingt der Arbeitersänger zahlreiche fahrt überall die Freuden ein und geben den Kundgebungen die heilige Heide. In allen Versammlungen, die tatsächlich ohne Störung verlaufen, wurde folgende

Entschließung

einstimmig angenommen:

Die Dresdner Arbeiterschaft gebietet heute, 9. November, des Tages, an dem vor drei Jahren ein Regierungsschaden fiel, unter dem sie politisch und wirtschaftlich auf das schwere und schlimmste unterdrückt wurde.

Der Grund zu einer freiherrlichen Entwicklung unseres Volkslebens und seiner Einrichtungen wurde in jenen Tagen gelegt. Die bisherigen reaktionären Machthaber waren damals verworfen. Nur langsam und langsam wogten sie sich wieder herauf, und dieser dann je erheblich deutete die Reaktion ihr Haupt. Dies und gehörte gewiß die Organisation gegen die Republik und ihre Einrichtungen. Die Erziehung des Neukönigreiches in ihr Waffenarsenal und seine Verherrlichung blieben ihr vorbehalten.

Den sozialen Einschätzungen und Gelehrten sieht sie als höchsten Gegner gegenüber. Gegen die Gewerkschaften legte sie am Abendmontag nichts sich als befürchtet fand. Sie ist die Verkörperin des Teiles unseres Volkes, der die Art bestreiter Volksschichten zu rücksichtsloser persönlicher Verehrung bringt.

Gegenüber diesen Tatjaden und Verbrechen der reaktionären Mächte erschien die heutige Versammlung, an den Errungenen nicht rütteln zu lassen und sich nicht nur allen Verlusten des Überraschungswertes entzogen zu stellen, sondern zufriedig für einen weiteren Ausbau zu wünschen.

Die Arbeiterschaft braucht weitere soziale Freiheiten und Rechte. Der Aufbau der Republik, die Weiterentwicklung ihrer Einrichtungen im Sinne des Sozialismus ist das Ziel, für das zu kämpfen sie heute am Endlinge der Revolution erneut gelobt.

Am Schlüsse formierten sich die Teilnehmer zu geschlossenen Bügen, die unter Führung sozialistischer und republikanischer Fahnen durch die Stadt zur

Demonstration auf den Wiener Platz

versammelten. Die Fuge, die — der zum Teil sehr weit weg — erklärt das — längst nicht alle Teilnehmer der Versammlungen berührten, trafen gegen 12 Uhr mittags auf dem Wiener Platz ein, wo die Arbeitersänger drei Arbeitersieder vortrugen und die Genossen Tempel und Panosch's kurze Ansprachen hielten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Sozialismus und die Republik wurde die ohne Störung verlaufene Demonstration geschlossen.

Die Feier der S. P. D.

Im Ausstellungspalast, in dem die Feier der S. P. D. stattfand, versammelten sich schon Stundenlang vorher die Teilnehmer in immer dichterem Massen. In einem Nebenraume war eine reichhaltige Ausstellung sozialistischer Schriften, Bilder, Flugblätter und anderer Materialien aus der Zeit von Lassalles Aufstieg bis zum Ende der sozialistengesetzlichen Zeit veranstaltet. Sie fand das reale Interesse des Besuchers, die sich nach ihr durcharbeiten konnten. Weil es der Mehrzahl der Besucher eben ganz unmöglich war, sich die Sätze anzusehen, sollen dieselben, statt vermerkt, nächstens im Volksblatt noch einmal aufgestellt werden. Bei dieser Gelegenheit werden sie auch so ausführlich besprochen werden können, wie sie es verdienen und wie es heute in diesem Rahmen unmöglich ist. Auch die kleine Erinnerungsschrift, die die Dresdner Parteileitung zur Feier des Tages herausgegeben hat, wird noch besonders gewidmet werden.

Als die Feier kurz nach 6 Uhr begann, war der große Ausstellungssaal bis auf den allerletzten Platz gefüllt. Trotz seiner Größe konnte der Raum die Teilnehmer bei weitem nicht fassen. Hunderte standen in den Gängen, Hunderte drängten sich an den Eingängen und in den Nebenräumen, Hunderte standen auch, da kein Platz.

Vom festlich geschmückten Podium herab, über dem die Fahnen der Jugend und der Gruppen herabhängten, und an einem historischen Rednerpult, an dem schon Genosse Pabel zu Dresdner Arbeitern gesprochen, eröffnete die

Aussprache des Genossen Fröhndorf

die Feier, die gedacht war als Erinnerung an die Zeit des Sozialistengesetzes. Genosse Fröhndorf rief die Erstgeborenen im Auftrage der sozialdemokratischen Parteileitung herzlich willkommen und sprach seine Bewag-

nung über den so zahlreichen Besuch aus. Er erhielt darin eine gute Perspektive zu den Stadtverordnetenwahlen. Dann gab er in Brinck ein einführender Rede ein, bis ins einzelne ausführliches Bild der Leidens- und Kampfzeit der Partei unter dem Sozialistengesetz, eine Schilderung all der Rüte, Schikanen, Verfolgungen, Drangsalierungen, die die Partei überwinden muhte und überwand. Und vor den Zuhörern stand noch einmal ein großes deutliches Bild des alten bürgerlichen und wilhelminischen Polizei- und Militärdienstes, den die Revolution ein für allemal zerstört hat. Mit einem Appell an die Jungen, es den Alten der Partei als Opfermut für die Partei und Freude gleichzeitig, Idaho Genossen Fröhndorf seine Rede, die mit bravourösem Beifall aufgenommen wurde.

Auch der künstlerische Teil, der dann folgte, war der Erinnerung an die sozialistengesetzliche Zeit gewidmet. Der Bassist A. Behrethuber und ein Toppelquartett des Arbeiterlängerbundes sangen unter Instrumentalbegleitung die alten sozialen Kampfsänge der Sozialdemokratie von Audorff, Herwegh und anderen. Und Otto Wertheim von der Berliner Freien Volksbühne und seine Gattin Anna Jenny Schaffer vom Dresdner Staatstheater waren Dichtungen von Wedde, Hood, Glasbrenner, Freigroth, Ley und andern, auch anonymen Dichtern, die damals nicht gesprochen und vielfach auch nicht gedruckt werden durften.

Am Beginn der Feier, nachdem das alte Arbeiterschlachtfest verkündet war, wählte Genosse Büttner die neue

Fahne der S. P. D. Dresden-Alstadt

in einer kurzen feierlichen Ansprache, während der die Fahne vom Genossen Büttner entzündet wurde. Auf grohem rotem, von den Farben der Republik entzündet, Luch sieben unter den Strahlen einer goldenen Sonne in Gold gefüllt die Worte: S. P. D. Dresden-Alstadt. Und die drei Buchstaben S. P. D. standen auch als metallenes, vergoldetes Monogramm den schwarzen Fahnenstahl.

Nach Beendigung der fast dreistündigen Feier formierten sich die Teilnehmer zum

Fackelzug

durch die Venusstraße, Wiener Straße und Prager Straße nach dem Altmarkt marschierte. Hunderte und Tausende von Genossen lärmten über der dunklen Masse des Juges, und viele sozialistische und republikanische Fahnen loderten vom Winde gebärdet, im Fackelchein erglühend, darüber. Die珊瑚的Fackelhelden vor den dunklen Baumwänden des Großen Gartens zwangen in ihrer Schönheit manchen, der unsicher wollte, zum Eintritt, Wimpernwickeln und Wüsingen. Und in musterhafter Ordnung unter durcheinanderwogenden Sängen unter Vorantritt eines Pfeifer- und Trommlerkorps, überwältigt von Fahnen, überlief von Fackeln, umklungen von den hellen Liedern der zahlreichen mitmarschierenden Arbeitersänger, zog der Zug durch die Straße der Freuden und zwischen dichten Menschenmassen und unter mit vielen erstaunten Betrachtern begeisterten Henstern durch die Prager Straße. Und als die Spieße sich dem Altmarkt näherten, bog das leuchtende Fackelzug erst am Hauptbahnhof in die Prager Straße ein.

Auf dem Altmarkt, vor dem Siegesdenkmal des alten Kaiserreichs, wurden die Fackeln zum lodernen Stoß zusammengetragen. Und eine Ansprache und brausende Wohltaten auf den Sozialismus schlossen die Feier, deren Symbol und deren Geist die deutsch-nationalen Dresdner Nachrichten so gut begriffen haben, daß sie heute morgen in die nachstehend abgedruckte wundertolle Elegie auf die alte verjüngte Feier anstimmen:

Der Fackelzug ließ schwere Erinnerungen wach werden an ähnliche Veranstaltungen in einer glänzender Zeit, besonders an die beeindruckende Jubiläum, die die Dresdner Bürgerhochzeit vor über 30 Jahren dem Altreichsblatt vorbrachte, und an die Fackelzüge der alten Jugend, die die Genossen Edwards widmete. Und gestern? Dieser Tag hat wieder einmal deutlich bewiesen, wieviel das deutsche Volk entsteuert ist von einer Verbödung um-

Die Große Koalition

Eigene Drachimeldung

Eben, 10. November. In einer gut besuchten Konferenz der Sozialdemokratischen Partei des Stadt- und Landkreises Osnabrück wurde nach eingehender Aussprache über die politische Lage in Preußen folgende Resolution gegen vier Stimmen angenommen:

Die Funktionäre im Stadt- und Landkreis Osnabrück anerkennen die Nationalsozialisten, die preußische Regierungspolitik unter starker sozialdemokratischer Einfluss zu stellen. Da auch hier die Siegerwerden Gesindnis nicht ohne Sozialdemokratie regieren kann und ferner das Vorgraben der Demokraten und der Rücktritt Siegerwerdes eine Folge der sozialdemokratischen Anwälte idyllischer Opposition ist, hätte das Ziel im Rahmen der Kleinen Koalition erreicht werden müssen.

In der Koalition mit der Deutschen Volkspartei erblicken die Funktionäre die Funktionäre, besonders angesehend der Partei und eine starke Belastung unserer Partei. Das kann nur verhindern werden, wenn unsre Genossen in der Regierung tatsächlich mit möglichster Beschränkung unter Ministerpräsidenten und unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen und sozialrepublikanischen Sichtung der Republik und zur Entwicklung demokratischer Volksrechte durchsetzen. Sollte sich das als unrichtig erweisen, so erwarten die

Funktionäre, daß unsre Genossen aus der Regierung austreten. Funktionär ist es aber die unbedingte Sicht der Parteigründung, zur Wahrung der Organisation, die Genossen im Rahmen zu unterstützen in ihrem Betrieben, die ebensozweckmäßige politische Sicht durchzuführen.

Die vier Stimmen, die gegen die Erinnerung abgegeben wurden, fallen auf vier Genossen, die eine schwächeren Erinnerung forderten.

Aus den Berliner Parlamenten

Eigene Drachimeldung

10. Berlin, 10. November. Der Reichstag traf heute nach 1 Uhr zusammen. Auf der Tagordnung steht als wichtigster Punkt die Interpellation der sozialdemokratischen Abteilung gegen den Deutschen Reichstag. Hierin eine demokratische und sozialrepublikanische Kritik der politischen und gesetzlichen Verhältnisse im Reich.

Der preußische Landtag wird in seinem Nachmittagssitzung, die um 3 Uhr kommt, die Programmatthesung des Ministerpräsidenten Braun entgegennehmen. Die Sitzung wird heute beginnen.

Licht-Spiele

Lady Hamilton

Liane Haid als Lady Hamilton

Lady Hamilton

läuft des beispiellosen Erfolges halber sowohl im Marmorhaus in Berlin wie in den Richard-Oswald-Lichtspielen bereits in der

dritten Woche!

Wochentags u. Sonntags: 4, 6, und 8 Uhr

SPD., Groß-Dresden

öffentliche

Versammlungen

zur Stadtverordnetenwahl

Donnerstag den 10. November, abends 7½ Uhr:

Dresden-Wölfnitz: Gathof. Referent: Wirtschaftsminister Alfred Felsch.

Dresden-Cotta: Zu den Linden. Referent: Stadtrat Paul Barthel.

Dresden-Trachau: Goldnes Lamm. Referent: Ministerpräsident Stadtrat Wilhelm Busch.

Dresden-Neustadt: Jugendheim, Oppellstraße 12. Referentin: Frau Landtagsabgeordnete Eva Wittmer.

Dresden-Neustadt: Kindergarten, Große Meißner Straße. Referent: Schriftsteller Siegfried Jungnickel.

Dresden-Neustadt: Opernhaus, Augustusstraße. Referent: Schön. Elisabeth Stolz u. Georg Eisner.

Dresden-Neustadt: Schützenhaus, Sandmühlenstraße. Referent: Stadtvorsteher Paul Leinen.

Leubnitz-Neuostra: Gathof Müller. Referent: Stadtvorsteher Bruno Schiller.

Dresden-Striesen: Sächsisches Bräuhaus. Referent: Frau Stadtrat Dr. Margarete Stegmann.

Freitag den 11. November, abends 7½ Uhr:

Dresden-Löckwitz: Tonath's Neue Welt. Referent: Stadtvorsteher Georg Eisner.

Dresden-Dobritz: Gathof. Referent: Stadtvorsteher Heinrich Wendisch.

Gruna-Seidnitz: Grüne Wiese. Referentin: Frau Stadtrat Dr. Margarete Stegmann.

Dresden-Kaitz: Gathof. Referent: Stadtvorsteher Max Pinkel.

Dresden-Blauen: Lagerkeller, Chemnitzer Straße. Referent: Stadtrat Julius Eggert.

Dresden-Uebigau: Gathof. Referent: Stadtvorsteher Otto Nähn.

Dresden-Stetzsch: Gathof. Referent: Stadtvorsteher Bruno Schiller.

Briesnitz-Leutewitz: Gathof Briesnitz. Referent: Bürgermeister Otto Uhlig.

Sonnabend den 12. November, abends 7½ Uhr:

Dresden-Alstadt: Turnhalle der 2. Volksschule, Körnholzstraße. Referent: Stadtrat Siegfried Jungnickel.

Dresden-Alstadt: Turnhalle der 17. Volksschule, Döhlbecker Straße. Referent: Stadtvorsteher Robert Wirth.

Dresden-Alstadt: Turnhalle der 20. Volksschule, Zöllnerplatz. Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Rohmann.

Dresden-Alstadt: Turnhalle der 50. Volksschule, Gutsowstraße. Referent: Stadtvorsteher Georg Stolze.

Loschwitz-Bühlau: Kindergarten, Bühlau. Referent: Stadtvorsteher Herm. Paulus und Elisabeth Stolz.

Dresden-Gorbitz: Alter Teßner. Referent: Stadtvorsteher Robert Fischer.

Dresden-Kemnitz: Wettinshöchchen. Referent: Arbeitsamt Dr. Max Sachs.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

Sozialdemokratische Kommunalpolitik im Dresdner Stadtparlament.

Arbeiter! Arbeitnehmer! Gewerkschafts- und Parteigenossen! Ergeht zahlreich in diesen wichtigen Versammlungen. Es gilt, den Besturm von rechts abzuwehren und die sozialistische Stadtvorsteherin in der kommenden Wahl zu sichern. Daher müßt die Wahlen:

Otto Kühn, Robert Fischer, Frau Dr. Marg. Stegmann

Die Parteileitung der SPD. Groß-Dresden.

Sie sparen Geld!

werden Sie Ihren Bedarf in
Leder- und Filzschuhwaren
bei mir beden.

Arthur Wagner, **Mein Laden.**

A. Rencker

Serrestr. 2 Optiker Serrestr. 2

Lederant der Optikerei, Städtisches u. Freies Hilfsschulen.

Stompeiste -

Wohnungs-Einrichtungen

als auch einzelne Möbel erhalten Sie unter

ausführlichen Abbildungsbildern nur bei

Wagner & Comp., Dresden, Schefflerstr. 26, I.

Großes Schauspiel in 7 Akten von Richard Oswald. Frei nach der Historie und Heimat Vollrat Schuhmachers: Liebe und Leben der Lady Hamilton und Lord Nelsons letzte Liebe. — In der Hauptrolle:

Deutscher Unterarbeiterverband Zahlstelle Dresden

— und Umgegend.

Samstag den 11. November 1921, nachm. Vaude 5 Uhr

außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung

im großen Saale des Volkshauses, Winzingstrasse 2.

Zusammen mit 1. Weilicke Redaktion haben die begehrten

Stadtteilvereinigungen sowie die Volksgruppenvereinigungen

verschiedener Nationalitäten und Geschlechter aus dem

Stadtgebiet versammelt. Versammlung mit dem Arbeitsausschuß,

der von der Gewerkschaftsversammlung und anderen

Stellungnahme dazu: 1920

1921. Versammlung darüber, ob die Versammlung

erfolgt und wenn ja, auf was Zeitungsumfrage er

mit 10 Stimmen in den Ausschuss berufen werden soll mit

Rechtsanwaltsbüro. Die Gewerkschaftsverwaltung. J. W. Otto Stegmann.

Autio-Pelzfragen

Sonne und Frühling ver-

treten. Eine gute Belohn-

ung. Reed. Bettinastr. 48, I.

Kunstabend

Midia Pines Dr. E. R. Fischer

Reitstall. Reitstall. Reitstall. Reitstall. Reitstall.

Sächsische Angelegenheiten

Eine sächsische Landtagsitzung

Der Tagessitzung für die Dienstagssitzung des Landtages konnte kaum abwarten, dass die einzelnen sächsischen und höherrangigen Szenen führen würden, ehe im Frühjahr des Landtages noch das Parlament an sich gesetzen waren.

Der heutige erste Punkt der Tagessitzung, der die Regierung zur Vorauszahlung der sozialen Entlastungen bezüglich, kam es zu bestürzter Auskunft. Diese ist von sämtlichen Staat 100 Millionen Taler oder mehr, für die nicht die geringste Bedeutung ist und die auch die Gemeinden, die gleichfalls das Budget an die reichsgerichtlichen Anlagen erfüllten, in die überordneten, noch nicht zu übernehmenden Schwerpunkten fürstet, hat besonders in den Kreisbezirken die ordentliche Anstellung erfahren. Wenn sie für die unterste Stufe ca. 4000 - 5000 M. beträgt, so sind die höchsten 50 000 - 60 000 M. Die Unabhängigen Demokraten wandten sich denn auch entschieden diese reichsgerichtlichen Regelungen und beantragten, die Vorauszahlung nur für die unteren Beamtenstufen vorzunehmen, wodurch höheren Beamtenstellen jedoch eine niedrigere Summe, als sie die reichsgerichtliche Regelung vorsieht, zugesetzt. Da das Land aber durch das Reichsgerichtsgesetz die Beschlüsse des Reichstages bezüglich der Beamtenabrechnung ist und auch die Regierung die Autonomie der K. und der Kommunisten als zwecklos bezeichnete, zulässige Versuche, eine andere Regelung der Frage herbeizuführen, erfolglos geblieben seien, konnten wisse Parteien einer freien Demokratie nicht stimmen.

Zur Erklärung des Ministers Lipinski in der Sitzung sowie die erstaunlichen Artikel in der Presse drage der republikanischen Organisationen zu Regerungen führen würden, was herauszuführen. Sie trotzen auch prompt ein. Da sie aber in aufsteigender Form entsetzlichkeiten Völker abgetragen würden, war es endlich, dass die Linke des Hauses nicht nur ihrem Unmut so anhaltend Ausdruck verlieh, dass der Anhänger viel mehr acht, sondern dass auch gegen den Präsidenten keine neuen Verhandlungen erwartet wurden, wie das von den Kommunisten und in Teil der Unabhängigen geschah, ist ein Reichen vorwärtschreitender Standpunkt und jedem gezeigt, den Republikanismus in den eigenen Reihen zu unterordnen.

Minister Lipinski blieb den Herren von der Rechten die Sache nicht schuldig. Seine wirkungslosen Darlegungen des Treibens die Republik unterstützenden Organisations wurden auch dadurch nicht abgeschwächt, dass er die ihm unterlaufene Fertigung zugestand. Die Interpellation des Ministers und der Rechtsparteien werden die nächste Tageszeitung, doch erscheint für uns die Sache so wohl verdeckt, dass wir uns zu mehr als einer mündlichen

Ergebnisse zu verschließen dachten. Diese Voraussetzung wurden dem um so bestiger, als bekannt war, dass die Erklärung dem Vorstand zur Begutachtung vorgelegt hatte. Es mag aern ausgeben werden, dass General Frankfurt erklärte, der Artikel im Drucke der Presse erfasst ist. Dass jedoch ein solcher Artikel mit den beiden Verbindlichkeiten und persönlichen Beschimpfungen verbunden wurde, wie das von den Kommunisten und

in Teil der Unabhängigen geschah, ist ein Reichen vorwärtschreitender Standpunkt und jedem gezeigt, den Republikanismus in den eigenen Reihen zu unterordnen.

Minister Lipinski blieb den Herren von der Rechten die Sache nicht schuldig. Seine wirkungslosen Darlegungen des Treibens die Republik unterstützenden Organisations wurden auch dadurch nicht abgeschwächt, dass er die ihm unterlaufene Fertigung zugestand. Die Interpellation des Ministers und der Rechtsparteien werden die nächste Tageszeitung, doch erscheint für uns die Sache so

wohl verdeckt, dass wir uns zu mehr als einer mündlichen Ergebnisse zu verschließen dachten.

Ein ebenso zweckloses Beginnen war der Vorstoß der Nationalisten gegen die angeblichen Diktaturversammlungen des Ministers Flechner. Man kann im Zweifel der Meinung, insofern der Mann sich in der Diktaturfrage nicht hat und jenen staatsmännischen Takt verfolgt, den Minister auch in Parteiversammlungen nicht verlassen.

Immerhin war die Art, wie die Rechtsparteien zur gleichen Wiedergabe der Ausführungen Flechners gekommen waren, so dunkel und Flechners Überzeugung in der Auseinandersetzung zu durchschlagend, dass man der Erklärung Reichspräsidenten, der an dem Verhalten Flechners erstauntes hatte, zuzuhören konnte. Flechners Überzeugung selbst war recht schwach und ließ sich, dass seine Partei nicht die vorbehaltlose Zustimmung gefunden haben. Den Kommunisten gegenüber sah Flechner, dass wir eine Diktatur entscheiden können und nur der Mehrheitswillen des Volkes, die Demokratie, den Sozialismus zur dauernden Herrschaft bringen

Zu neuen sächsischen Szenen kam es aus Anlass des Tages, die Regierung zu erfüllen, eine Gesetzesvorlage einzubringen, die den 1. Mai und den 9. November

ver als geschichtliche Feiertage erklärt. Hatte General Bechle in gebrochener, ruhiger Form die Gründe für diese Szenen vorgebracht und hatte Dr. Nietzhammer (D. P.) in langatmiger, wenn auch sachlicher Art geantwortet, so glaubte der Abg. Lehren Grellmann von der Deutschnationalen Volkspartei sich als politischer Haustisch seiner Fraktion dem Landtag erneut in Empfehlung bringen zu müssen. Er befürchtete dieses schmückende Geschäft denn auch in so direkter, unmittelbarer Weise, beschwerte die Republik und ihre führenden Personen und rief zum Schluss die dreifache Feste der erledigten Front mit solcher Gewissenslosigkeit auf, dass er einen dauernden Sturm der Empfindung heraufbeschwor und der Ministerpräsident sich verächtlich fühlte, diesen unverhohlenen und gefährlichen Charakter abzuschütteln. General Bechle tat ein Übriges, den Raum mit dem Nachwuchs des Landes zu überschwemmen, den Raum mit dem Nachwuchs der Nation von 250 auf 350 zu holen. Der Antrag selbst wurde gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen.

Falsche Berichterstattung

Am vorigen Dienstag wurde u. a. im Landtage eine Intervention verhandelt, die sich gegen den Kultusminister Flechner richtete. Die Angriffe gegen ihn stützen sich lediglich auf ganz kurze Notizen aus Zeitungen über Verhandlungssitzungen des Ministers, die dieser für sich und anderen nichts erklärte.

Ein in die Augen fallendes Beispiel falscher Berichterstattung liefert nun abermals der Dresdner Anzeiger, der über die Ausführungen des Ministers Flechner zur Sode im Landtage mit ganzen folgenden neuen Zeilen (!) berichtet:

Minister Flechner rügt sich auf ungenuine Berichterstattung und wagt den Vorschlag, die beiden Seiten noch einmal vor der Rechtsanwaltskammer zu stellen. Der Minister schlägt C. zu P. und Revolution nach niemals gemacht worden,emandem kann das nicht auf Revolution genommen werden.

Dem Redner wird also die Bekämpfung unterstellt, dass Revolutionen „gemacht“ werden und dass sie „niemals ohne Blut“ gemacht werden. Der in den sieben Zeilen dargebotene Unsinn ist vom Minister Flechner nicht gesprochen worden. Nach dem amtlichen Stenogramm hat er — nur diese Stelle kann in Frage kommen — vielmehr folgendes ausgesetzt:

„So ist bereits auf den 9. November 1918 beginnend gearbeitet. Will jemand von Ihnen behaupten, dass, trotzdem bei diesem Vorgang kein Blut geslossen ist, es keine gemeinsame Revolution, kein nemalshauer Umsturz gewesen wäre — will jemand behaupten? ... Dann bitte ich Sie, mir einen einzigen Vorgang der Art zu nennen, wo jemals in der Geschichte eine soziale, gesellschaftliche Umstaltung ohne Gewalt vor sich gegangen ist.“

Das ist etwas ganz anderes, als was der Bericht im Dresdner Anzeiger behauptet — es ist ja unvorstellbar das gerade Gegenteil.

Dieser Vorgang bestätigt und illustriert aus Anlass des Tages, was Minister Flechner in seinen Ausführungen am Dienstag im Landtage in bezug auf falsche Berichterstattung durch die Presse betonte.

Ein Misstrauensantrag gegen die U.S.P.-Minister

Die bürgerlichen Parteien des Landtages haben sich das Vergnügen gegeben, folgenden Antrag im Landtage einzubringen:

Der Landtag wolle beschließen: Die Minister Lipinski, Flechner und Rödel haben nicht das Vertrauen der sächsischen Volksvertreter.

Doch die bürgerlichen Fraktionen des Landtages nicht nur zu den der Regierung angehörenden Unabhängigen, sondern zum ganzen sozialistischen Ministerium kein Vertrauen haben, pflegen die Spalten von den Diestern; zur Bekundung dieses Misstrauens hätte es also dieses Antrages nicht erst bedurft. Dass er angenommen werden könnte, ist wohl ausgeschlossen. Es handelt sich also bei der Einbringung des Antrages nur um eine billige, aber qualifizierte Demonstration.

Die nächste Landtagsitzung

Die nächste Sitzung des Landtages findet am 17. November mit folgender Tagesordnung statt: Vorberichterstattung gegen Minister Lipinski, Gesetzesvorschlag über das höhere Bildungswesen, Anträge, u. a. Antrag Dr. Wagner (Dnat. P.) auf Einziehung einer Ministerialien-Antwort Blücher (D. P.) auf Aufstellung von Grundrechten über Beamtenabschaffung und auf Vertreibung der Reichsregierung bei Trichterwerden über die im Landtage, Antrag Wagner (Dnat. P.) wegen der Überfüllung der Wagen-

Kassen, und Antrop Schmidt (Dnat. P.) wegen der Überfüllung der Wirtschaftsministeriums.

Gesandtenrücktritt
Der preußische Gesandte in Dresden, von Berger, bat eine Entbung vom Amt beansprucht.

Von der sächsisch-böhmisches Grenze

Während man in den letzten Tagen durch die Bekämpfung des Standesrechtes über den Gesetzgeber Begriff, als Folge der Brüsseler Vergangen ein bedeutendes Zutreffen des sächsisch-deutschen Grenzvertrags bemerkte, ist neuerdings wieder ein großer Andrang von Kaufleuten aus der Tschechoslowakei in den Grenzortshäfen Sachsen zu beobachten; der Grund hierfür mag in den Steigen der Krone von 250 auf 350 zu suchen sein. Der Antritt der Ausländer in den Geschäften war zeitweilig stark, doch die Geschäftsinhaber die Gehalte erhöhen mussten.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei der Stadtverordnetenwahl in Bischofswerda erzielten die Sozialdemokratischen 10., die Wirtschaftssozialisten 2. Stelle, so dass keine Partei eine Mehrheit erzielte. — Ein schätzbares Kaufmädchen, das mit seinem Vater von Coburg nach Plauen mit der Elbstraße zurückkehrte, hatte sich an die Tür eines Wagens der 4. Klasse gestellt, als plötzlich die Tür sich öffnete und das Kind aus dem Wagen sprang; es brach den rechten Oberarm. Da der Zug in diesem Augenblick hielt, konnte schwereres Unglück vermieden werden. — Der Cölnische Gewerbetag bestellte die Einrichtung der kommenden Sonnenbestattung. — Ein Streit der Bergbauern und Bergbauarbeiter ist in Hohenstein-Ernstthal zu verzeichnen. Die Lehrerbauhalle hatte vor vier Wochen den Lehrer aus Aufbereitung ihrer Bezüge erobert und am 20. Oktober mitgeteilt, dass vom 8. November an die Unterrichtserziehung in Freizeit gestoppt werde, wenn nicht eine Ausdehnung der seit Anfang 1920 andauernden Säge erfolge. Da der Student nicht untersah, legte der Zirkel ein.

Stadt-Chronik

Die Konsumen als Macht

Der Kapitalismus muss die Besiegten doppelt aus. Als Arbeitnehmer, Angestellte und Beamte wehren diese sich mit den ihnen zu Gebote stehenden politischen und gewerkschaftlichen Mitteln. Warum aber vernachlässigen sie so viele noch als Konsumen? Wenn die Besiegten sich zusammenziehen, um in Konsumgenossenschaften sich der Ausbeutung durch das Handelskapital zu entziehen, um selbst im großen Bereich zu begleiten und zu teilen zu verteilen, dann ist schon viel gegen die Herrschaft des Kapitalismus getan. Vieles, vielen steht noch immer das Bewusstsein, dass sie als Verbraucher den Kapitalismus erhalten. In ihnen muss erst das Konsumenbewusstsein wachgerufen werden. Alsdann werden sie wie schon die Millionen genossenschaftlich Organisierte die gewollte Macht erkennen, die in der Kraft der Konsumen ruht. Sie ist der Hebel, mit dem der profitabilistische Warenhandel aus den Angeln gehoben werden kann. Und das nicht allein. Was an den Konsumen verdient wird, findet zum Teil zu neuer Produktion und neuer Ausdehnung Verwendung. Behalten die Verbraucher aber durch die genossenschaftliche Selbstverpflichtung jene Verdienste in ihrem eigenen Geschäft, dann können sie hier sehr bald auch zu genossenschaftlicher Selbstverpflichtung, zu eigener Produktion verwandelt werden. So fällt nicht mit jeder persönlichen Profit der Kapitalisten, sondern auch der Kapital- und Handelsgewinn im allgemeinen fort. Aus dem bestätigten Konsumenbewusstsein erwächst die sozialistische, genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Warum stehen nicht alle Konsumen zu Haus? Schreien nicht nichts, handeln hilft! Beruhen an die Konsumenorganisationen und hinein in die Warenabgabestellen der Konsumvereine!

Die Versorgung der Altenrentner

Das „Altenrentegebot“, das mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft tritt, regelt die Versorgungsgeschäfte der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, soweit ihnen Versorgungsberechtigte nur infolge einer vor dem 1. August 1914 beendeten Dienstleistung zugesetzt sind oder nach dem vor dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 erlassenen Militärversorgungsgesetz noch zugesetzt werden können. Nicht darunter fallen die mit Ruhegehalt verabschiedeten Verwaltungsdienstleistungen und Beamten für die das Personensordnungsgesetz vom 21. Dezember 1920 gilt.

Da nach § 1 des Altenrentegebotes grundsätzlich das Reichsversorgungsgesetz gilt, ist erreicht, dass alle Altenrent-

„Vielleicht“ war sie gleichgültig und saß hin. Und doch stand ein heimliches Lächeln hinter ihrer lässigen Zur Schau getragenen Herzhaftigkeit.

„Sitzt die Bub an dem Kleine hat am End der Hammel 'n Lohn.“

„Kleint d' Vorenz?“

Die Frage hatte einen gehemmten Ton. Sie musterte seine schwache Erbschönheit, und heis sie lag es in ihrem Innern auf. Wenn er ihren Hunger lernen würde! Ein Tag wie der andre, langweilig, ohne Lust der Sinne, ohne Leben. Warum war sie denn nur ein Weib? Es kam ihr nun vor, als habe ihr Vorenz in seinen Worten noch etwas andres sagen wollen. Ganz dicht vor ihm trezend, legte sie ihm die Hand auf die Schulter und fragte: „Wann kommt der Heilsbörse denn?“

Ihm schlug das Herz. Schon einmal hatte sie so vor ihm gehanden und auf ihn eingeredet. Er glaubte noch das rohe Lachen über seine Antworten damals, mit denen er sie abgewiesen hatte. Also wieder dasselbe. Sie sah, wie seine Lippen zitterten, und hörte, wie sein Atem rasch ging. Noch ein Schritten an ihn heran. Da richtete er sich auf und ergriff ihre Hand, sie leicht von seiner Schulter zu ziehen. Das Blut flutete in mächtigen Schlägen zum Halse, als sie sagte: „Hast d' auch Hunger im Herz? — He Vorenz?“

Es war ein ermunternder Ruf. Große Stille war im Haus. Der Bauer kam vor zwei Stunden noch nicht; er hatte am Nachmittag eine Depesche gebracht, dass der Quellmoester verurteilt wäre und er sei in der Nacht läme.

„Vorenz?“

Aber da trat das Bild seiner Schwester mit den feinen, leidenschaftlichen Augen wieder vor ihn, und er sah in dem sogenannten Lichte nur die Frau seines Herren vor sich. Er ließ ihre Hand fahren.

„Wollt 's das Kind nehmen?“

„Ob seine Schwester auch so beharrlich gelämpft hätte?“

„Ich? — — Sie trat zornig zurück. — „Ich? — Nie.“

Der Knecht wandte sich zum Gehen.

„Fürchtst dich?“ (Fortsetzung folgt.)

Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudi

Er schüttete, es war eine tiefe Kluft zwischen dem Jäger und der Heilsbörserin. Es schien ihm, als habe seine Achtung vor dem andern, als lauerte hinter jedem Tiere, das sie miteinander wechselten, Zweifel an der Aufrichtigkeit. Jedes ging trocken seinen Weg.

An dem Abend des Tages, da der Quellmoester verurteilt worden war, kam Lorenz aufgeregt von seiner Schwester. Er hing die Mütze hinter den Oren und hob stöhnend den Rücken, mit Schwere ist hart Kraut. Ich glaub, ich den Doktor lange.“

„Wie sich das trifft, Lorenz!“

„Weinst d' dann auch, dass der Doktor einen Brand sei? — Gibt den Heilsbörse zu schädigen!“

„Es ist 'm ja bewiesen!! Der Teer an sei'm Schuhwerk ist so fein, dass sie es auf seine Sohle auf dem Teer, der aus dem Quellmoester geflossen war, ich denkt, das hat genug verraten.“

„Aber ei' rechter Kerle is 's doch. — Hat sein Onkel net, um ich weiß, 's halbe Dorf war dabei.“

„Ein echter Kerle? — Heilsbörserin, denkt an's Kalbkin.“

„Den Doktor willst d' hoffen?“

„Sie schaut die Hände klatschend ineinander und sah den Jäger unglücklich an.

„Es hat 's doch niks gescheit, seit se in Woche is?“

„Aber gleich 'n Doktor lange!“ Der Jäger ist seit Jahren net auf Quellmoester gewesen.

„Sie is hart, hart kraut.“

„Sie ist zur Kindermutter über zum Schäfer. Nah dich net nach.“

„Aber noch was is 's, Väuerin. Noch was?“

„Sie sah ihn groß an, gespannt auf das, was er noch zu hätte.“

„No?“

„Der Jäger, 's Kind hat bei Gedung mehr.“

Und er sah sie aus seinen braunen Augen bittend an, trat näher.

„Der Bub? — Ja, gewiss, der Bub. — So? — Was musst dann da noch sei?“

„Ich hab gedacht, wenn 's 'n auf den Hof röhne wollt, 's fin sei ihm im Haus, um das bische Arbeit?“

„Ich? — Ich? — Das sieht grad noch.“

Die Worte hingen gehässig und abweisend.

„Was meinst d' dann dazu, dass se mit 'm Fremden gling?“

„Was meinst d' überhaupt zu so 're Lieb?“

„Sie sein ja bald lebig!“ erwiderte er.

„Beld? — Is das so sicher?“

„Neid! — Un der Hunger werd groß g'

not, man ihre Verfolgung nach der Bekanntgabe von 1906/07 oder früherer Zeit erfolgt sein, im allgemeinen wie die "Neurechte" mit dem Jahre 1914/15 behandelt werden.

Die Beurteilung der nach früheren Verfahrensvorangegangenen bestillten Verfolgungsabschüsse (Umaner-Kommission) erfolgt ohne Antrag. Bei der Reihenfolge der Untersuchung wird das hohe Lebensalter einer Reihe von Altären, insbesondere auch der Kriegsteilnehmer von 1870/71, und die besondere Lage von Verhältnissen und umschiedenen berücksichtigt.

Bei der Durchführung des Gesetzes und vom Reichsjustizministerium beauftragt worden: a) die Hauptverfolgungsämter bischließlich der Vinterberichten, b) die Verfolgungsämter bischließlich aller übrigen Verfolgungsberechtigten.

Da die Umanerkommissionsarbeiten eine gewisse Zeit erfordern, ist vom Reichsjustizministerium angeordnet worden, daß den Witwen und Hälften der Unterlassen, die sich zum Teil in großer Notlage befinden, von Amts wegen mit Würfung vom 1. Oktober 1921 ein laufend monatlich Vorschüsse in Höhe der jährlichen Verfolgungsbeträge von 800 M. gewährt werden. Wenn im übrigen im Einzelfalle eine Verfolgungsbeträger geboten erscheint, kann diese von den Verfolgungsberechtigten auch selbstständig veranlaßt werden.

Nobemberischer an der Technischen Hochschule

Es scheint, als ob wir unter dieser Überschrift jedes Jahr einen Prozeß verhindern müßten. Diesmal handelt es sich aber um einen Angriff auf das Ansehen des Reiches. Der idyllische Zugangsweg des Kultusministeriums und Kultusjunta erforderlich.

Die Gebäude der Technischen Hochschule hatten auf befehlliche Anordnung geflaggt in den Reichsflaggen schwarz-ro-gold, die neue Hochschule an der Helmholtzstraße bezeichnenderweise gold-blau! Dass das sollte nicht lange dauern, als die Verleumungen — die diesmal am 9. November demonstrativ beobachtet sind — befürchtet waren, weil der Verteidiger der Angeklagten auf den Anfang, am 9. November zu feiern, von den Professoren einen ablehnenden Bescheid erhalten hatte — 10 Uhr vormittags schlossen, bildeten sich sofort erechte Gruppen der farbentragenden Studenten, die die Fahne begeistert hielten. Ein Student rief von der Zentrale beim Pförtner den und fügte am Fernsprecher wütend: Es besteht doch Feindseligkeit, und die Studentenschaft sollte sich ebenfalls durch das Flaggen in den Reichsfarben eine Rundgebung bilden lassen zugunsten der "glorreichen Revolution". Galle die Dienststelle des Reichsbeamten nicht unverzüglich die Reichsfahne entferne, werde er dafür sorgen, daß die entsprechenden Forderungen erbrechen und die Flagge heruntergeholt werde.

Dieses Gespräch war noch nicht zu Ende, als einige Studenten die Reichsflagge vom Dache der neuen Hochschule bereits heruntergerissen hatten. Die Flagge der alten Hochschule folgte. Der Rentmeister orzte am, die Flagge wieder zu legen. Sie wurde fünfmal heruntergerissen. Was kann abwarten, was nun von Seiten des durch die Flaggenländer im Anhänger geäußigten Reiches geschieht. Interessant ist aber, daß alle die Vorgänge immer nur — genau wie im Vorjahr — in der Abteilung der Hochschule vorfielen, die einem wegen seiner nationalsozialistischen und traditionellen Schmiede berücksichtigt. Diese Demonstration fand aber statt von Studenten, die auf Seiten des republikanischen Staatsvertrages studieren und die gerade jetzt wieder alle möglichen Beihilfen von Staat und Reich fordern. Das wird man sich merken müssen.

Der rasende Tod

Im Abend des 5. September d. J. fand auf der Bayreuther Straße in der Nähe der Nordbrücke ein Zusammenstoß zwischen einem Personalauto der Dresden Transportgesellschaft und einem Straßenbahnaufzug der Linie 11 statt. Hierbei wurde der 53-jährige Aufseher Schöfer von der Straßenbahngleise aus dem Stoßwagen geschubert. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und starb kurze darauf im Friedenshafener Krankenhaus.

Als Urtheil des Unfalls hatte für den Sächsischen Kraftwagen- und Straßen-Wilhelm-Roggé wegen fahrlässiger Tötung vor dem Schiedsgericht zu verantworten. Rogge hatte am Tage eines Herren zur Jagd gefahren. Von da ausführte, trat er mit einem Freunden zusammen und erbot sich mit den Freunden, drei Männer und einer Frau, nach einer "Springtour" zu machen. An der benannten Straßenstelle ist nicht nur eine bedeutende Steigung vorhanden, die diese Stelle zu einer besonders gefährlichen macht. Das wußte auch Rogge, wie sich im Berichte der Verhandlung bezeichnet; trotzdem ist er aber, nach mehreren Angemeldungen, das Berg hinaufgeklettert, so daß es ihm nicht mehr möglich war, auszusteigen, als er die herabstürmende Straßenbahn sah. Es erfolgte der Zusammenstoß mit den oben beschriebenen Folgen. Einer der Teilnehmer liegt jetzt noch an den Folgen des Zusammenstoßes im Krankenhaus, während der Amalgelung und die zwei weiteren Teilnehmer mit ganz geringfügigen Verletzungen davonkamen. Auch die Fahrgäste der Straßenbahn kamen mit dem Schred davon und wurden nur durchmartert gefühllos. Am Auto wie am Straßenbahngewagon sind aber ganz bedeutende Materialschäden entstanden. Die Beamten der Straßenbahn behaupten unter, daß der Aufseher wie zufällig gestorben ist. Dr. med. Stenzel vom Friedenshafener Krankenhaus konstatierte als Sachverständiger, daß die Schädelverletzung bei Schöfer unbedingt tödlich wirken mußte.

Der Staatsanwalt verwies darauf, daß der Angeklagte schon mehrmals wegen ähnlichen Fahrverbots bestraft worden ist. Er hat die Strafe nicht erfüllt, zu der er auf Grund seines Berufs und seiner Ausbildung verurteilt war; darum sei energetische Strafe am Platze. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Eine interessante Justiz. In den Allgemeinen Wissensvorräten-Verein! Es wird Sie interessieren, wenn ich Sie von meinem Vorfall in Kenntnis setze, der sich in dem Grundstück, in dem ich wohne, längst angezeigt hat. Auf Grund der vom Hausschäfer-Verein beantragten Steigerung der Friedensstrasse um 100 Groschen hatte mein Hausherr nicht Glück, als er die alten Vorhänge losen den einzelnen Haushbewohnern zu überreichen. Ich habe nun die Zeit für gekommen und bat die einzelnen Mieter um Errichtung eines Mieterrats, wofür sofort Einigkeit vorhanden war. Die Steigerung wurde gemeinsam abgelehnt. Hören Sie nun, was da kam! Der Hausschäfer liegte darauf: Ich habe mich vom Hausschäfer-Verein aufheben lassen, es war ein Vertrag, ich habe die Steigerung jetzt auch zu hoch und erwiderte die Reaktion: um 25 Groschen. Weil mein armer Löwe diese Zeile zu ihrem weiteren gerechten Vergehen gegen die Hausschäfer und damit zum Wohl der Bürgermeisterei!

Die Ausführung des Winterbauplans der Straßenbahn hatte keine früh verhältnismäßig unangenehme Auswirkungen zwischen Häusern und Unterseiten der Holzdecken und Unterseiten der Holzdecken und Unterseiten der Holzdecken führen zu einer beträchtlichen Überfüllung der Bogen, was bald viele Zuhörer, Angeliebte und Freunde ihrer Unterseiten nur erhebliche Belästigung erzeugten. Schon bald anfangen war dies auf dem Seite 12 von Seiden nach der Stadt. Hier fand ein Leichnam in einem Motorwagen den Verhängen nicht mitzunehmen. Der Anhänger auf diesen Wagen war so groß, daß der Fahrer sich weiterspannen, bis die zusätzlichen Fahrsäcke wieder den Wagen verlassen hatten. Die Schäde an diesen Vor-

kommenen trifft natürlich nicht das Nachpersonal, denn es hat genau wie die Beobachter unter den neuen Wunderungen zu leben.

Um auf das Spiel der Wiederholung und haus-schäfer. Im Jahre 1917 bezog der Aufsehermeister Hamm das Grundstück Bürgerschaftstraße 10. Ein damals einzehender Mieter mietete eine Wohnung von 440 M. bezahlte. Im Jahre 1918 wurde dieses Haus an den Heidelberger Hauseigentümer übertragen. Der neue Vermieter bewohnte diese Wohnung sofort auf 480 M. im darauffolgenden Jahre weiter auf 520 M. Im Jahre 1920 verkaufte Herr Huppel das Haus an den Wohnungsinhaber Hölzl. Bürgerschaftstraße 10, welche Wohnung sofort auf 500 M. gehörte. Dieser Herr verkaufte in diesem Jahr das Grundstück an den Bürgerschaftsrichter. Seitdem ist die Miete auf 700 M. erhöht. Er verkaufte das Haus aber jetzt wieder an die Rentnerin Trudor in Alberti, Ammonstraße 16, die eine weitere Wohnungsbildung auf 800 M. vornehmen. Die Wohnung hat eine Wohnfläche von nicht ganz 400 M. enthalten. Das Haus ist innerhalb vier Jahren in 1400 M. erhöhten Preisen und schließlich verkauft worden. Der jetzige Besitzer steht noch in Verhandlungen.

Wiederum Wissensvorräte. Der Besitzer hat an Anfang des 8. November in den Annalen eine quideinde, außerordentliche Hauptversammlung ab, in der innere Vereins- und Organisationsangelegenheiten erledigt wurden. Um den anhängerisch fest und recht auswendigkeiten Verein noch mehr Sicherheit zu verleihen, wurde beschlossen, die Versammlung am 1. Januar zu erneut, doch in das gleiche Zeitraum statt, um den anderen Mitgliedern genug Zeit zu lassen. Die Rechtschaffeneit der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer Haltung zu den Wiederholungen steht und hinter der öffentlichen Meinung untersagen werden sollen. Die Gründung der Umstände an die politischen Parteien, wie sie sich zu den Abschüssen der Wiederholung hielten, soll vor den Stadtverordnetenversammlungen berücksichtigt werden. Damit die Wähler besonders auch die Kandidaten des Hausschäfervereins aufmerksam gemacht werden. Diese Wahlniederlage soll besonders bestimmt werden, weil dieser Verein schon seit langem und mit allem Nachdruck auf die Durchsetzung seiner Kandidaten bei den Stadtverordnetenversammlungen eingesetzt hat. Die Versammlung soll daher noch wesentlich ausgedehnt werden. Der Verstand wurde bestimmt, einer Hauptversammlung, die noch vor dem 1. Januar stattfindet soll, entsprechende Vorlagen zu machen. Da der Bürgerschaftsverein bestellt, daß Wiederholung die politischen Parteien im Stadtparlament in ihrer

Dresdner Umgebung

Reisebericht. Rückschau auf. Wahrscheinlich in der Nacht zwischen Sonnabend und heute nach Einbrüden einiger kleinen Weihen zu feiern. In deren Erinnerung nahmen sie jedoch mit deutlichem Empfinden geschilderten Epiken. Die Liebe war aber während des Kriegslaufes durch die Hauptstadt wieder verlassen worden.

Buchenau. Bei den gemeldeten Unregelmäßigkeiten handelt es sich um dies, sondern nur um zwei Angeklagte, die tatsächlich entzweit worden sind, und zwar die ausserhalb Berlin und vorerst freie. Der ursprünglich genannte wurde, Sophie, der Ehemalige in Freiheit angeflekt ist, ist nicht entzweit worden.

Geisling. Der 25 Jahre alte Schlosser Otto aus dem nahen Geisling begab sich im Begleitung seiner Eltern zum Bahnhof, um einen Zug zu ihrem Mann zu holen, der auf einer Straße in dem die Frau zu ihrem Mann äußerte: "Du bist mir eine Angst gestrichen." Daraufhin sprang einer der beiden und "warf seine Frau herunter und stürzte tot. Der Täter ließ sich der Gendarmerie in Leipzig

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter und Beamte

Unter gleicher Überschrift ist am 2. Oktober in der Tageszeitung ein Artikel erschienen, zu dem und zur Deutschen Eisenbahnerverband. Lautgruppe Blauensterne und der Sozialist um Abdruck folgendes schreibt:

Der Deutsche Eisenbahnerverband sieht auf dem Prinzip, daß sich nach der Dreiheitsfunktion die Belegschaft in einem Allgemeinen Beamtenbund gemeinschaftlich organisieren muß, sowie es sich um Beamtenberufe stellt, die nicht die berufliche Vorstufe der Arbeitertätigkeit ausmachen haben. Würde der Eisenbahnerpersonalkörper jedoch Beamten und Arbeitern gemeinschaftlich vorstehen, so ergäbe sich erhebliche berufsorganische und militärmannigfachliche Konflikte. So sagt sich z. B. der Eisenbahnerpersonalkörper 40 Prozent aus Beamten und ca. 60 Prozent aus Arbeitern zusammen. Dreiviertel aller Eisenbahnerbeamten gehen aus den Eisenbahndiensten und -handwerken heraus; und etwa 90 Prozent aller Eisenbahnerarbeiter und -handwerker haben das bestimmtste Eisenbahneramt zu wechseln. Daraus ergibt sich die vollständige Unterordnung der Arbeiter und Beamten im Eisenbahndienst sowohl in beruflicher als auch in rechtlicher und sozialer Hinsicht. Aus diesen Gründen besteht der Deutsche Eisenbahnerverband den Grundsatz der Berufsvereinigungsföderation.

Dieser Standpunkt hat im Vorjahr Sachsen besiegelt die Forderungen, wonach am Anfang der Beamtenberufe zu sein. Lieber die Hälfte aller Mandate der Beamtenberufe sind den Beamten, die beim Deutschen Eisenbahnerverband organisiert, während nur die geringere Hälfte zum Teil auf Gewerkschaftsberuf und zum Teil auf die christliche Gewerkschaft entfällt. Die Abhängigkeit zum Gewerkschaftsberuf ist der Eisenbahner vom Rest bis in die Beamten berufe 10 Minuten und findet gerade unter den sogenannten mittleren Beamtenberufen ihren stärksten Ausdruck und ihre stärkste Wirkung. Der Deutsche Eisenbahnerverband wird in der Zuversicht aller Beamtenberufe, denen die berufliche Vorstufe nicht soll, Steuern, Aufzüge, Vermittlungen, Sicherheit usw. Deutschen Beamtenbunde freilich ebenfalls sein.

Forderungen der Bankangestellten

Eine Vertreterbesprechung sämtlicher Reichsbankangestellten, die vom Zentralverband der Angestellten am 7. November im Reichstag abgehalten wurden, führte folgende Entschließung: "Die am 7. November im Reichstag abgehaltenen Vertreter von 1000 Reichsbankangestellten haben mit Eintritt in das Reichstagssitzungsgebäude mit die Reichstagsleitung den Beamten Angestellten und Beamten mit völlig unzureichenden Vergütungen und die laufende Zeuerung hinweggeholt gedenkt. Die anstreben den neuen Dienst und zum Teil auf die christliche Gewerkschaft entfallt. Die Abhängigkeit zum Gewerkschaftsberuf kommt bis in die Beamten berufe 10 Minuten und findet gerade unter den sogenannten mittleren Beamtenberufen ihren stärksten Ausdruck und ihre stärkste Wirkung. Der Deutsche Eisenbahnerverband wird in der Zuversicht aller Beamtenberufe, denen die berufliche Vorstufe nicht soll, Steuern, Aufzüge, Vermittlungen, Sicherheit usw. Deutschen Beamtenbunde freilich ebenfalls sein."

Zur Krise in der Dresdner Metallindustrie

Die Krise der wenigen Tagen hinzu, berichtet man und, daß alle der Hoffnung der drei Gewerkschaften, die Anhänger dieser Branche sich am Dienstag im Gemeindebau zu einer Massenversammlung einanden, die von sieben 3000 Personen besucht war. Den Rechte des Angestellten Arbeiters und Beamten außerordentlich interessant und nahm sehr oft die Schutzeitung über die Behandlung ihrer Gehaltsfragen auf. Das zur Regelung der Tarifverhandlungen eingesetzte Schiedsgericht unter dem unparteiischen Vorsitz des Regierungspräsidenten wurde von der Mehrzahl der Anwesenden, unter Verständigung der außerordentlich bedeutsamen Lage, unter das geistige deutsche Volk aus Zeit wirtschaftlich zu leiden hat, gutgeschrieben. Die entsprechende Entschließung wurde angenommen.

Die verfeindeten Anhänger der Metallindustrie nehmen die Entschließung Renniks von dem völlig ungünstigen Angebot des Arbeitgebers, das zum Verhandlungsbabbruch führte. Den mit Verhandlung beschäftigten Organisationen wird das reelle Verhandlungsergebnis und erläutert, das das vorgelegte Schiedsgericht die Zustimmung der Versammelten findet. Die heutige Rechte der Angestellten erwartet von dem in das Schiedsgericht eingesetzte Arbeitnehmervertretung die energetische Verhandlung und will gleichzeitig an das jüngste Urteil der Rechtsgegenseite des Schiedsgerichts, das ein Sprach anhause kommt, den die Anhänger der Angestellten nicht hörerstellen geeignet ist.

Das Schiedsgericht will nunmehr Freitag, vormittags 9 Uhr, in den Saal der Kreishauptmannschaft in öffentlicher Sitzung treten. Die drei Christengemeinschaften erwarten, daß jedes durch Delegierte entsendet.

Lohnerschöpfung im Bergbau und Neuregelung der Kohlenpreise

Dresden, 9. November. In den gegenwärtig schwierigen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages im Bergbau fordern die Vertreter der Bergarbeiterseite eine Erhöhung von 30-35 M. pro Schicht. Wenn eine Erhöhung in diesem Maße eintrete, so würde sich schon dadurch der Kohlenpreis um 10-15 M. pro Tonne erhöhen. Ansonsten könnte die Erhöhung der Materialpreise eine weitere Erhöhung des Kohlenpreises einleiten, läuft sich auf Zeit noch nicht feststellen, da Schätzungen über die Entwicklung der Selbstkosten noch nicht abgeschlossen sind. Die Rohstoffbeschaffung im Bergbau und damit aus die Neuregelung der Kohlenpreise soll ab 1. Dezember 1921 in Kraft treten.

Straßenbahnbetrieb in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Straßenbahnen und Bahnen der Betriebsgesellschaften werden in den Ausland getreten. Ungefährlich kommt es keine Anzahl von Straßenbahnen nicht in Betrieb zu kommen werden. Dieser Ausstand steht in keiner Beziehung zu den Revolutionstagen. Es handelt sich vielmehr um Differenzen zwischen den Betrieben.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Stadtverordnetenwahl in Berlin. Aus Berlin wird angekündigt: Die Stadtverordnetenwahl in Berlin wird am 10. November stattfinden.

Die Fortsetzung der Steuerdebatte Deutscher Reichstag

142. Sitzung

Sitzungstag den 10. November 1921, mittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge.

Auf eine Anfrage des Abg. Albrecht Mandelburg (U. Soz.).

Es ist zu verstehen, daß das in den Leinwandwerken bei Marienburg ein-

fünfte Prämienjahr die Arbeitseinschränkungen nicht verschärft.

Eine Katastrophe wie in Oppau ist dort nicht zu befürchten, da

es kommt, wenn das Unternehmen nicht mehr hergestellt werden.

Der Rat unter den Kleinrentnern — Antwort Dr. Helfferich

(D. Sp.) — wird hervorgehoben, daß für das Jahr 1922

für 1921 100 Millionen eingesetzt sind, die als Rüstungssumme

Unterstützungssummen der Gemeinden gegeben werden sollen,

sowohl in heuerlicher Beziehung wie auf die kleinrentnerische Nachfrage

zur Verhinderung der Zölle der Arbeitsbeschäftigten das geltet.

Für Verhinderung der Zölle der Arbeitsbeschäftigten — Anfrage Dr. Helfferich

(D. Sp.) — sind 50 Millionen ausgeworfen worden.

Bei der Rüstungssumme der Mittel kommen nur die Arbeitsbeschäftigten

an die hinterbliebenen berücksichtigt werden.

Die Übereinstimmung

der Renten wird mit allen Mitteln befürwortet.

Im Bereich Stuttgarts sind von 48 000 Arbeitsbeschäftigten bisher 11 000 eingezogen

gebliebenen worden.

Eine Vorlage zur Erledigung der Begei-

staltung der Sozialversicherung — Anfrage Dr. Kietz

(D. Soz.) — ist dem Reichskomitee zugegangen.

Auf eine Anfrage des Abg. Döbereck (D. Sp.) wegen der Ausübung von Ma-

ßnahmen aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich, Belgien und

Luxemburg wird mitgeteilt, daß die Ausübung von Kontrollen in das

heute auch im belagerten Gebiet grundsätzlich noch genehmigt wird.

Eine Arbeitsaufnahme im Elsass hat jedoch in zwei Höhen

Abstufungsbemessungen von Arbeitsstellen erzielt, und zwar über 300

Kunden für die Firma Mond in Aachen und über 200 Kunden für

die Firma Mond in Köln. Angewiesen hat sich korrespondent, daß

der Name der Firma Mond von einer belagerten Firma abweichen

sollten.

Der Reichskomitee für die belagerten Gebiete hat die

sozialpolitische Rheinlandkommission erlaubt, Besitzungen zu erlösen,

pr. Abstufungsbemessungen von Arbeitsstellen von dem Elsass aus

abzert und von Waldeins aus nicht mehr erzielt werden.

Die Verhinderung von Verhandlungen von Arbeitsstellen in das Ausland

bereits im April eine vertragliche Auslandskontrolle angeordnet

wurden.

Eine Erweiterung der Vollzugsbehördenvergünstigungen

im Westen der Staatenlosen — Antwort Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz (D. Soz.) — kann

nicht nähergezettelt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Kietz

Sächsischer Landtag

75. Sitzung.

Dienstag den 5. November 1921.

Die Sitzung beginnt erst gegen 2 Uhr. Vor Eintreten in die Leseordnung kommt es zu einer

Besoldungsdebatte.

Präsident Bräuer betont auf die Sitzung unter der Präsidentschaft, die mit ihren Begegnungen trotz des feindlichen Gesetzes nicht mehr aufzuhalten lösste. Bekanntlich befindet sich Ihnen das Recht mit der Rade. Vorausichtlich werde am nächsten Donnerstag darüber die Entscheidung fallen. Die sächsischen Beamten hätten ein lebhaftes Interesse daran, dass Ihnen das neue Recht und Staatsräte ihnen überlassen könnten, damit gegeben wird. Regierung und Staatsräte müssen das. Das kann heute vorzeitig ebenfalls über die Frage beruhend und seitdem folgenden Abreisen:

Die Regierung wird erwartet, den lädierten planmäßigen und nichtplanmäßigen Staatsräten und den Schwestern im Interesse auf die fiktive Erhöhung ihres Bezüge der Wehrdienst zu gewähren, die der Reichstag für die Staatsräte demnächst annehmen wird. Die Sitzung hat zur gleichen Zeit wie im Reihe zu erfolgen.

W. Liebmann (D. Soz.): Wir lieben die vom Reich verordnete Regelung ab, weil die Regelung der unteren Beamten unzureichend aufgestellt werden, während den höheren Beamtengruppen überproportional hohe Überlebensraten ausgeladen werden. Deshalb sollen wir den Antrag, bis zur Gruppe I. Vorstufen bis zur Höhe der Reichsäge zu erhöhen, ferner auch den höheren Gruppen Überleben zu erhöhen, aber nicht in der vom Reich geplanten Höhe. Die Regierung wird um baldige Einbringung einer solchen Abfrage ersuchen.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Wir werden der Regierung die Erhöhung erlauben und zu der weiteren Frage erst Stellung nehmen, wenn die Vorlage kommt. Das Reich hat aber die Verpflichtung, die Gemeinden, die amöbäisch folgen müssen, obwohl dort sonst nicht die erforderliche Geduld vorhanden ist, die vielleicht gar nicht im Geiste der erforderlichen Mittel sind, um die Erhöhungen auszuführen. In die Lage zu versetzen, einer solchen unzureichenden Regelung anzufolgen, können.

Präsident Bräuer: Es muss auch eine Erhöhung der Grundgebühren eintreten müssen.

W. Liebmann (Komm.): Daraufzugehen, die Zusammensetzung von Rentbüchern nur unweit an beobachtet, wenn die Gehälter den Betriebsertrag von 40.000 Th. nicht übersteigen.

Ebd. Dr. Wagner (Danz. Soz.): Zur Verteilung von Gehältern ist der Reichstag die zuständige Stelle. Tatsächlich sind die Gehälter der unteren Beamten um das 14-Jahre gelegener. Dagegen die Gehälter der oberen Beamten um nur 3.01 Prozent. (Vorurteil: Spiel mit Zahlen!) Man sollte auch beachten, dass bei den höheren Einkommen kann die Einflussnahme eine Korrektur vornimmt. Wir stimmen der Reichsäge ohne jeden Vorbehalt zu.

W. Liebmann (D. Soz.): Es handelt sich doch bislang um eine Abfassungsschluss. Die beiden Abänderungsvorschläge könnten deshalb möglicherweise übersehen werden. Mit der Erstellung der Reichsäge besteht nun noch gar nichts.

W. Liebmann (D. Soz.): widerpricht dieser Auffassung und sagt, dass keine Partei freimaurer die Besoldungspunkte des Reiches nicht mindestens.

Minister des Innern Spinelli legt dar, dass die östliche Regierung verhindert habe, durchzutragen, dass die Erhöhungsfähigkeit gleich in die neuen Grundgebühren eingerechnet werden. Es habe auch Sonntags, die Erhöhungsfähigkeit in den einzelnen Bevölkerungsgruppen verschieden hoch zu bemessen, ihre Anträge seien aber von den anderen Ländern abgelehnt worden. Die sächsische Regierung habe also alles getan, was in ihren Mächten stand; sie habe auch versucht, durch eine unvermeidbare Verteilung des Anteils aus der Reichseinflusszone ihrer Gemeinden in die Lage zu versetzen, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Ebd. Wirth (D. Soz.):

Wenn wir dem Antritt der Regierung und des Reichsgerichts zustimmen, so verpflichten wir uns nicht. Es kann immer noch die Regierung bestimmen, wie sie in den beiden Abänderungsvorschlägen vorgeht. Deshalb können wir die Volksmacht erneut.

Ebd. Dr. Seest (Dem.): Wir können keiner Erhöhung der Grundgebühren zustimmen, weil sonst der fiktiven Beschränkung vorgegriffen wird.

Nach Erhöhung der beiden Abänderungsvorschläge wird gegen die Stimmen der Linksdemokraten und Kommunisten die Volksmacht erzielt.

Zwei Erklärungen der Rechtsparteien.

Ebd. Wagner (D. Soz.): Ich gebe für meine Fraktion eine Erklärung ab. Der Antrag des Innern habe — es heißt es darin — den Sachsen bei seinem Zusammensetzen mit einer längeren Erklärung übersiegt. Sie sollte den Gläubern erweisen, dass in Sachsen eine weitreichende rechtegeprägte revolutionäre geheime Organisation bestehet und Waffenhandel unterhalte. Das mangelte dem Innern fristlose zusammengehöriger Freiheit. Die Rechtspartei will keinen einen von den betroffenen Vereinen und Gruppen direkt öffentlich benennen, sondern Behauptungen teilen benötigt, dass es in den betroffenen Vereinen erregt seien. Bei dieser Erklärung sei verständlich, dass die Offenheitlichkeit beim Innern auch den Rest seiner Kriegsministerium nicht glaubt. Was kommt nun mit Sachsen, wie das Reichsministerium der Abgabe einer so anstrengenden Erklärung zustimmen kommt. Das Antragen der Regierung sei dadurch fristlos gelöscht worden. Die Deutsche Volkspartei würde den Bericht sofort verurteilen, der auf eine gewaltsame Verhinderung der Eröffnung abzielt. Ein solches aber nach ihrer Meinung der Firma bereits heute eine beratende Stelle in Sachsen für ausgewählte Zwecke der Kriegsministerium verleiht. Sie hat Ergebnis der gesuchten Unterredung und der von den betroffenen eingeleiteten Verhandlungen abgewandt. Schon jetzt aber steht sie fest, dass der Minister gegen Punkt und Platz Erklärungen aus einem gemeinsamen Unterredungsbüro führt und dass die von ihm verbreiteten Tatsachen und Nachrichten, leicht wenn es allein stehen würden, falsch sein würden, deren Gleichhaltung für jedes Werk des Reiches erforderlich war.

Ebd. Bärner (Danz. Soz.): Ich gebe unter ständiger Begegnung auf der linken Seite und großem Druck im Saale eine halb brüderliche Erklärung ab, an deren Schluss es heißt: Stimmen dazu, dass die öffentlichen Erklärungen der angefügten Verbände und Vereine, so bleibt von den sogenannten "Entwicklungen" des Kriegsministeriums bezüglich wenig übrig. Das ganze Geschehen des Kriegsministeriums ist somit ein unerhörter Eingriff in ein demokratisches Territorium und ein Wohlstand. (Großer Applaus unter Quellen, aus Geschäftsräumen.)

Präsident Bräuer: Diese Erklärungen haben den Laubgangsverband vorzulegen. (Herr, hört auf der obersten Stufen und Durchsetze Schreibanweisung!)

Ebd. Wöhler (Danz. Soz.): fragt, ob die Erklärung dem Vorstand tatsächlich vorgelegen habe, und ruft dem Regierungspräsidenten Dr. Wagner, als einer der beobachtenden Abgeordneten, zur Erwiderung auf. Dr. Wagner ist der Präsidentenrat des Präsidentenrates. Er kann nicht seine Erklärungen zur Sitzung bringen, da er keine Erklärungen zur Sitzung bringt.

W. Liebmann (D. Soz.): Ich verzichtete auf eine Erklärung, da der Präsidentenrat der Präsidentenrat ist. Er kann nicht seine Erklärungen zur Sitzung bringen, da er keine Erklärungen zur Sitzung bringt.

W. Liebmann (D. Soz.): Ich verzichtete auf eine Erklärung, da der Präsidentenrat der Präsidentenrat ist. Er kann nicht seine Erklärungen zur Sitzung bringen, da er keine Erklärungen zur Sitzung bringt.

Zurück wird in die Tagesordnung eingezogen.

Der Telephonantrag über die Erweiterung der Zusatzabstimmungskommission (Gegabe von Gehältern zur Erfüllung von Wirtschafts- und Wohnheimzwecken) geht nach längerer Debatte an den Reichstag.

Weitgehend wird die Schaffung der Stelle eines Direktors für das Deutsche Ausbildungsinstitut für die Lebensmittelindustrie in Dresden.

Eine Anfrage des Deutschen Nationalen hat mehrere

Veranstaltungsbüro des Unterrichtsministers Flechner

zum Gegenstand, die bereits in der Presse zu Debatten gebracht haben. Flechner ist bekanntlich gestagt haben, die großen sozialen Zielen der unabdingbaren Sozialdemokratie müssten erfüllt werden, wenn es nicht anders ginge, auch unter Kenntnisung von Gewalt, hat aber in der Staatszeitung erläutert, dass es sich um eine ungemein Verunsicherung handle.

Der Unterpräsident Ebd. Dr. Wagner bemerkt, es handle sich um fünf Reden, die bei diesen Debatten erkannt seien und die auch dem Alterspräsidenten der Unabhängigen Sozialdemokratie entgegenwirken. Sehr viel Flechner sagte, ist noch leicht beweislich und von einem Einheitsminister unerwartbar.

Ministerpräsident Ebd. Flechner hat nicht als Minister, sondern als Vizepräsident gekauft werden, deshalb kann auch kein Gewinn aus, seine Arbeit zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen. (Abstimmung erfolgt.) Mit der Eröffnung Flechners in der Staatszeitung ist die Anfrage genug beantwortet.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Die Rechte treiben eine Abrogationspolitik. Flechner gelangt habe, für etwas ganz Selbstverständliches.

Ebd. Dr. Germann (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (Komm.): Wir werden der Regierung die Erhöhung erlauben und zu der weiteren Frage erst Stellung nehmen, wenn die Vorlage kommt. Das Reich hat aber die Verpflichtung, die Gemeinden, die amöbäisch folgen müssen, obwohl dort sonst nicht die erforderliche Geduld vorhanden ist, die vielleicht gar nicht im Geiste der erforderlichen Mittel sind, um die Erhöhungen auszuführen. In die Lage zu versetzen, einer solchen unzureichenden Regelung anzufolgen, können.

Ebd. Dr. Germann (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (Komm.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.): Ich kann nicht erkennen genauer über die Berichtigung Flechners in der Staatszeitung und beweise, man habe sich das Recht.

Ebd. Wöhler (D. Soz.